

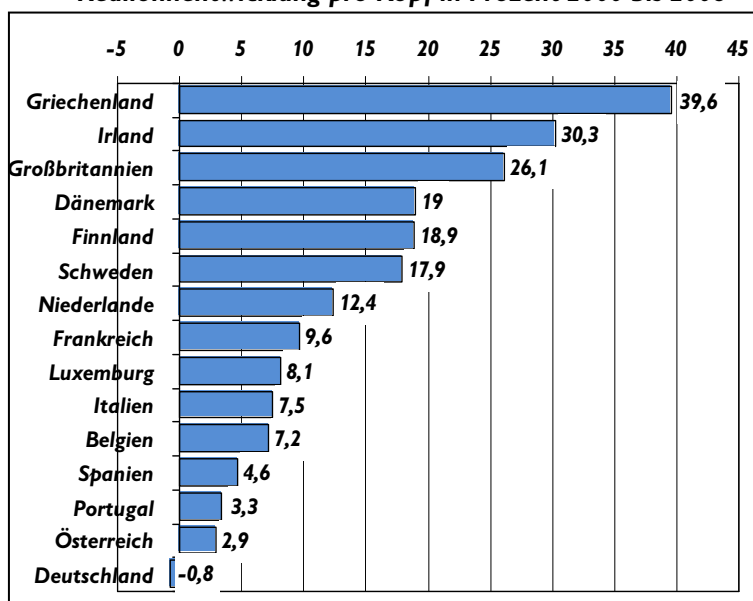


## Argumente und Hintergrundinformationen für die Tarifrunde 2009

### 1. Die Einkommensentwicklung in Deutschland ist im europäischen Vergleich zurückgeblieben

Die Entwicklung der Arbeitnehmer/inneneinkommen in Deutschland ist im Vergleich zu den alten EU-Staaten auch im Jahr 2008 zurückgeblieben. Der so genannte lohnpolitische Verteilungsspielraum konnte nicht ausgeschöpft werden. Dieser Verteilungsspielraum ergibt sich aus der Summe aus gesamtwirtschaftlicher Produktivitätssteigerung und Preisentwicklung. Nach gängiger Auffassung können die Arbeitseinkommen im Rahmen dieses Spielraums steigen, ohne die Verteilungsrelationen zwischen Arbeitseinkommen und Kapital-/Vermögenseinkommen zu ändern und ohne einen zusätzlichen Teuerungsschub bei den Arbeitskosten auszulösen. Mit anderen Worten, das Nichtausschöpfen des Verteilungsspielraums führt dazu, dass der Anteil der Arbeitnehmer/innen am Volkseinkommen (die so genannte Lohnquote) beständig sinkt. Wäre dieser Verteilungsspielraum ausgeschöpft worden, hätten die Arbeitnehmer/-inneneinkommen in Deutschland bezogen auf das

Reallohnentwicklung pro Kopf in Prozent 2000 bis 2008<sup>1</sup>



Jahr 2004 bis einschließlich 2008 um 8,9 % stärker steigen können. Dass dieser Verteilungsspielraum seit Jahren nicht mehr durch eine entsprechende Einkommenspolitik ausgeschöpft wurde hat dazu geführt, dass die Reallohne und damit die tatsächliche Kaufkraft in Deutschland – und nur in Deutschland – seit 2000 um 0,8 % gesunken sind. Dem stehen Reallohnsteigerungen im gleichen Zeitraum zum Beispiel in Frankreich in Höhe von 9,6 %, in Schweden in Höhe von 17,9 % und in Großbritannien in Höhe von 26,1 % entgegen.

### 2. Öffentlicher Dienst liegt im innerdeutschen Vergleich zurück

Die deutschen Einkommen sind im europäischen Vergleich und in Relation zum verteilungsneutralen lohnpolitischen Spielraum – wie unter 1. gezeigt wurde – viel zu langsam gestiegen. Innerhalb der deutschen Tariflandschaft liegen wiederum die Tariferhöhungen im Bereich des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur Gesamtwirtschaft weit zurück. Wären die Einkommen im öffentlichen Dienst seit 2001 bis einschließlich 2007 so stark gestiegen wie im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft, lägen die Tarifeinkommen heute um 4,4 % höher.

Vergleicht man die Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst seit 2000 mit der Inflationsrate bis einschließlich 2007 stellt sich heraus, dass die Tariferhöhungen nicht einmal ausgereicht haben, diese zu kompensieren.

Zwar gab es im Bereich der Länder am 1. Januar 2008 eine Erhöhung der Tarifeinkommen um 2,9 %. Diese hat in vielen Entgeltgruppen jedoch gerade einmal ausgereicht, um die im Jahr 2006 vorgenommene Kürzung bei der Jahressonderzahlung und die Streichung des Urlaubsgeldes im Jahr 2007 zu kompensieren. Zudem lagen die

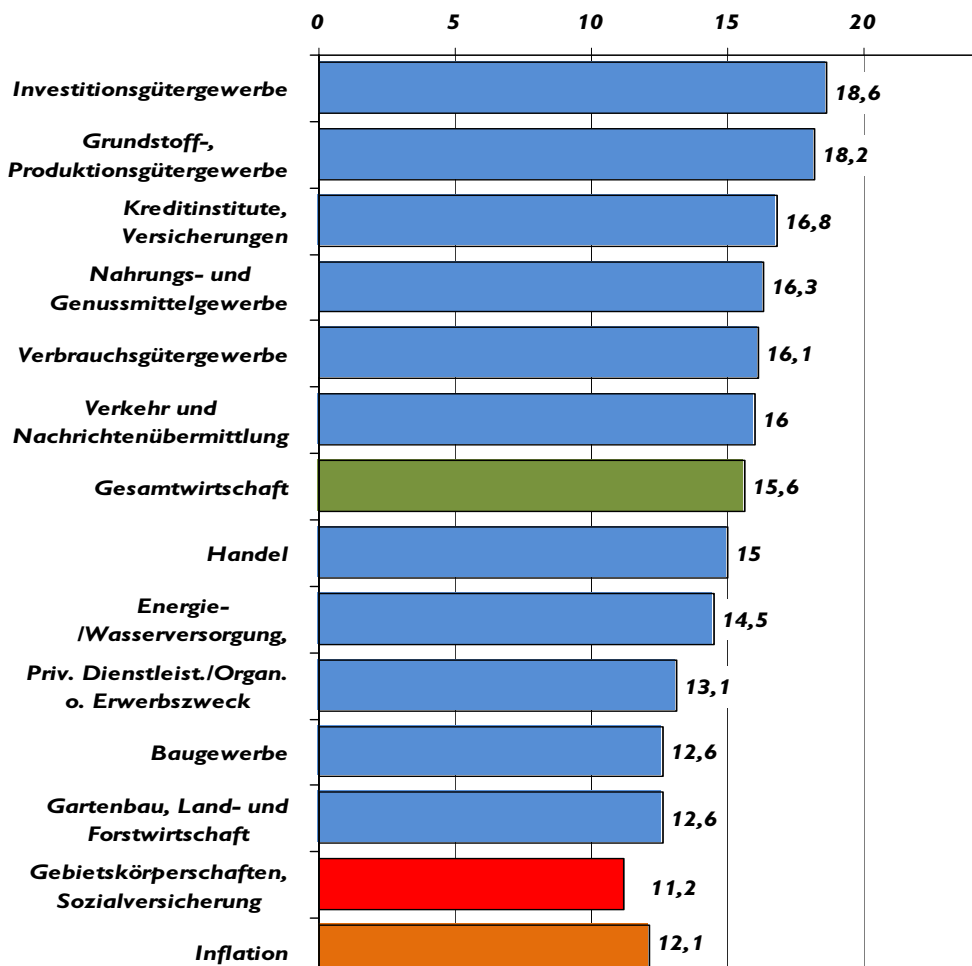


Tarifabschlüsse des ersten Halbjahres 2008 in den wichtigsten Wirtschaftszweigen weit über den 2,9 % bei den Ländern. Damit werden auch im Jahr 2008 die Beschäftigten der Länder im Vergleich zu vielen anderen Wirtschaftsbereichen das Nachsehen haben.

Aber auch im Vergleich zu dem Tarifbereich der Kommunen und des Bundes im Geltungsbereich des Tarifvertrages öffentlicher Dienst (TVöD) drohen die Einkommen der Länderbeschäftigten zurückzubleiben. Die Tarifeinigung im März 2008 bedeutet für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen eine Erhöhung der Tarifeinkommen von ca. 8 % in den Jahren 2008 und 2009. Die Tariferhöhung bei den Ländern im Frühjahr 2009 müsste also bei über 5 % liegen, um hier den Anschluss zu wahren.

## Tarifentwicklung nach Branchen bis einschließlich 2007

bezogen auf das Jahr 2000 in Prozent<sup>1</sup>



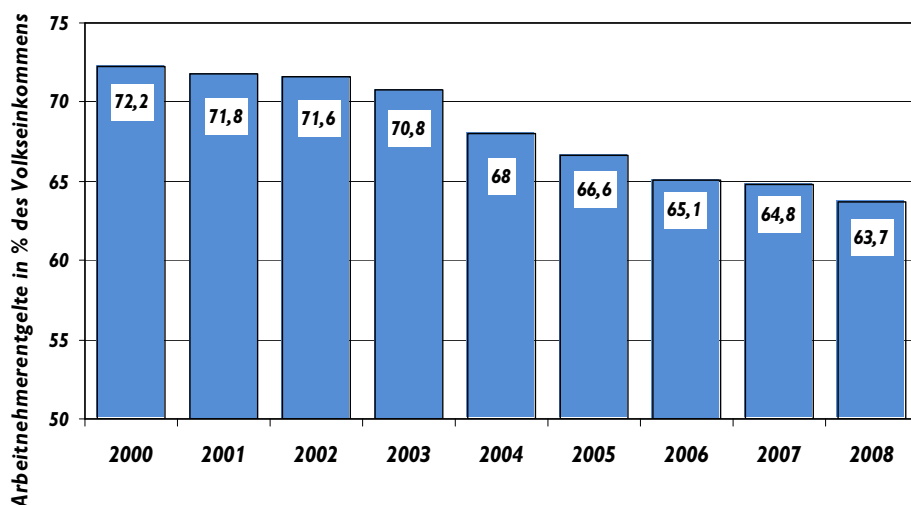
<sup>1</sup> Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, Presseerklärungen vom 16.1.2002, 3.2.2003, 3.2.2004, 3.2.2005, 2.2.2006, 5.2.2007, 21.1.2008. Eigene Berechnungen.



### 3. Lohnzurückhaltung fördert Finanzmarktkrise

Die zurückhaltende Einkommensentwicklung bei den Angestellten und Beamten/innen der letzten Jahre in Deutschland hat zu einer extremen Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Kapital- und Unternehmereinkommen (Kapitalquote) geführt. Die so genannte Lohnquote, also der Anteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen, ist von 72 % im Jahr 2000 auf 64,2 % im Jahr 2007 gefallen und hat sich nach den bisher vorliegenden Zahlen auch 2008 nicht stabilisiert. Im ersten Halbjahr 2008 ist – trotz der erstmals seit Jahren wieder spürbar steigenden Arbeitnehmer/inneneinkommen – sogar ein weiterer Rückgang auf 63,7 % zu verzeichnen. Hätte die Lohnquote im Jahr 2007 wie im Jahr 2000 nach wie vor 72 % betragen, dann hätten die Arbeitnehmer/innen 2007 über knapp 143 Milliarden Euro mehr Einkommen verfügen können. Da dieses größtenteils nach oben umverteilte Einkommen jedoch überwiegend nicht in den Konsum fließt, werden hierfür Anlagemöglichkeiten mit möglichst hohen Renditen gesucht. Gleichzeitig gehen die Anlagemöglichkeiten in der Realwirtschaft wegen der schwindenden Massenkauflkraft zurück. Es lohnt sich nicht mehr, so viel in Fabriken und Dienstleistungsbetriebe und damit in Arbeitsplätze zu investieren, weil der zukünftige Absatz der Waren und Dienstleistungen nicht gesichert ist. Dies führt dazu, dass die zusätzlichen Mittel auf die Finanzmärkte geleitet werden und dort die Bildung von Spekulationsblasen antreiben.

#### Entwicklung der Lohnquote in Deutschland 2000 bis 2008<sup>2</sup>



Werte für 2006 bis 2008 vorläufig. 2008 nur 1. Halbjahr.

Zwar entzieht eine kräftige Einkommenserhöhung im öffentlichen Dienst der Länder zunächst einmal den öffentlichen Haushalten finanzielle Mittel, diese können sich aber zum Beispiel über die Steuern und Abgaben auf große Vermögen, Erbschaften und Einkommen refinanzieren, was die Umverteilung zugunsten der Kapitalquote bremsen würde.

<sup>2</sup> Quelle: WSI Verteilungsbericht 2008. In: WSI Mitteilungen 11/12 2008, Seite 587 bis 596. Werte für 2006 bis 2008 vorläufig. 2008 nur 1. Halbjahr



Dass dies möglich ist, zeigt ein Blick auf die Steuerquote (Anteil des Steueraufkommens am Bruttoinlandsprodukt). Während sich die Steuerquote in der OECD seit 1995 durchschnittlich um 1,3 % erhöht hat, ging sie nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Deutschland um 2,4 % zurück. Wäre die Steuerquote heute so hoch wie 1995, verfügten die öffentlichen Haushalte jährlich über 60 Milliarden Euro mehr Mittel. Auch eine Einbeziehung der Sozialabgaben führt zu einem eindeutigen Bild. Nach Angaben des Europäischen Statistischen Amtes betrug die Abgabenquote (Steuern und Sozialabgaben) 2006 in Deutschland 39,3 % des Bruttoinlandsprodukts. Der Durchschnitt in den alten 15 EU-Staaten betrug demgegenüber 40,5 %. In Frankreich waren es sogar 44,2 %, in Schweden 48,9 % und in Dänemark 49,1 %.<sup>3</sup> Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2006 würde eine Abgabequote in gleicher Höhe wie im EU-Durchschnitt in Deutschland Mehreinnahmen in Höhe von 27,9 Milliarden Euro bedeuten. Läge die Abgabenquote so hoch wie in Frankreich, hätten Staat und Sozialversicherungen 113,8 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.<sup>4</sup> Es muss nicht extra darauf hingewiesen werden, dass die Steuersenkungen der letzten Jahre nicht bei den kleinen und mittleren Einkommen angekommen sind. Im Gegenteil, die in mehreren Schritten seit 2001 erfolgte Senkung der Unternehmenssteuern und des Spitzensteuersatzes wurden teilweise gegenfinanziert durch die Anhebung der Mehrwertsteuer, was insbesondere für kleine und mittlere Einkommen eine Mehrbelastung hervorgerufen hat. Fazit: Eine kräftige Erhöhung der Einkommen bei der Tarifrunde 2009 kombiniert mit einer entsprechenden Finanz- und Steuerpolitik würde also zu einer Stabilisierung des Finanzsystems beitragen.

#### 4. Steigende Einkommen stärken Binnennachfrage

In den vergangenen Jahren hat sowohl die Finanzpolitik als auch die Einkommenspolitik zu einer extremen Stärkung der deutschen Exportwirtschaft geführt, zugleich jedoch die Massenkaufkraft sowie die Investitions- und Konsummöglichkeiten des Staates und damit die Binnennachfrage geschwächt. Wenn man bedenkt, dass der Außenbeitrag an der Wirtschaftsleistung in Deutschland gerade einmal bei 7,1 % liegt, der Anteil der Konsumnachfrage des Staates sowie der Privathaushalte jedoch 74,7 % beträgt<sup>5</sup>, kann diese Orientierung auf den Außenhandel nur als volkswirtschaftliche Unvernunft betrachtet werden. Die damit verbundene enorme Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft von der Weltkonjunktur rächt sich jetzt und so beklagen selbst die Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten: „*Abermals blieb die Erholung der Privaten Konsumausgaben im Jahr 2008 hinter den Erwartungen zurück. (...)*“<sup>6</sup>, und weiter: Seit dem Jahr 2001 „*(...) bremsen eine schwache Reallohnentwicklung und sinkende monetäre Sozialleistungen die Konsumausgaben.*“<sup>6</sup> Insofern ist von einer Kehrtwende des Sachverständigenrates auszugehen, der die Tarifparteien 2007 noch für ihre zurückhaltende Lohnpolitik gelobt hatte.<sup>7</sup> Zu der gleichen Einschätzung kommt das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: „*Die niedrigen Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre erweisen sich jetzt als Belastung, da sie Deutschland besonders abhängig von der weltwirtschaftlichen Entwicklung gemacht haben. Eine kräftigere Binnennachfrage, auf die es jetzt um so mehr ankäme, wurde dadurch verhindert.*“<sup>8</sup>

<sup>3</sup> Quelle: Eurostat, 26.6.2008/www.jjahnke.net

<sup>4</sup> Eigene Berechnungen

<sup>5</sup> Laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2007

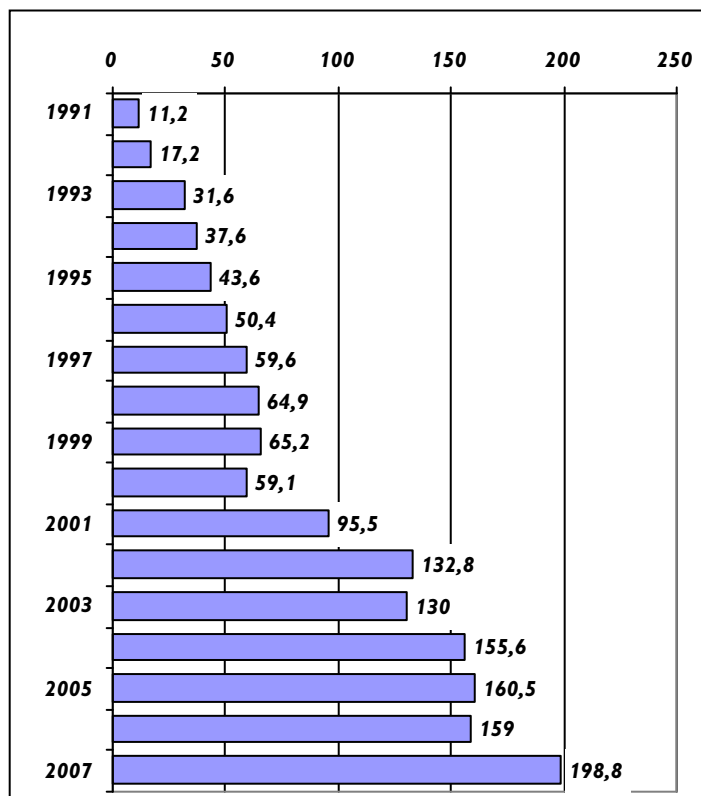
<sup>6</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2008/09, November 2008, Seite 84

<sup>7</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2007/08, November 2007, Seite 361

<sup>8</sup> Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung: Report Nr. 34, November 2008



## Exportweltmeister Deutschland<sup>8</sup> - Außenhandelsüberschuss in Mrd. Euro



Auch diese Entwicklung lässt sich eindeutig statistisch nachweisen. Während das Bruttoinlandsprodukt seit 2000 preisbereinigt bis einschließlich 2007 um 8,7 % zugenommen hat, stiegen die privaten Konsumausgaben lediglich um 2,9 %. Im 2. Quartal 2008 gingen sie sogar preisbereinigt um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Eine kräftige Einkommenserhöhung im öffentlichen Dienst der Länder kann dazu beitragen, diese Entwicklung zu stoppen.

### 5. Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst sind finanzierbar

Die Forderung nach kräftigen Einkommenserhöhungen im Bereich der Tarifgemeinschaft der Länder sowie bei den Beamtinnen und Beamten der Länder stößt wie gewohnt auf einen Finanzierungsvorbehalt. Angesichts der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte seien nur moderate Erhöhungen verantwortbar. Dabei ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum angesichts der Diskussionen um Konjunkturprogramme nicht die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder genutzt wird, um durch deutliche Einkommenserhöhungen bei den 1,9 Millionen Beschäftigten der Länder<sup>9</sup> die Binnennachfrage und damit die Konjunktur anzukurbeln. Dies ist auch dann sinnvoll, wenn die Erhöhung der Personalkosten zu einer höheren Neuverschuldung führen sollte.

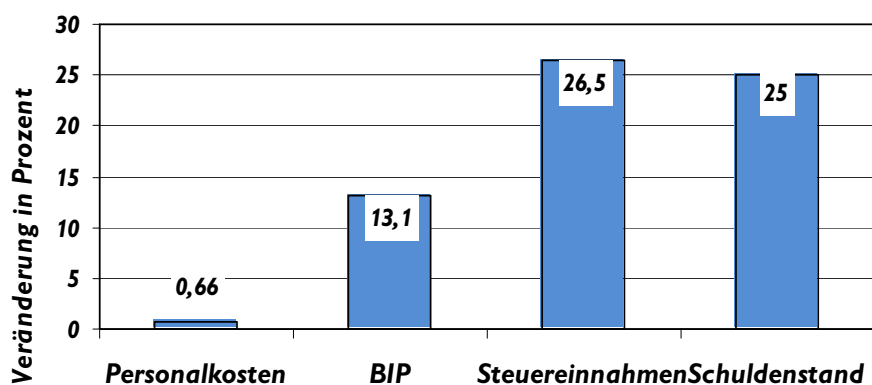
Wie gezeigt wurde, gibt es im öffentlichen Dienst der Länder einen erheblichen Nachholbedarf bei den Einkommen. Die zurückhaltende Einkommensentwicklung der letzten Jahre hat zu einer erheblichen Entlastung der

<sup>9</sup> Stand 30.6.2007 laut Statistischen Bundesamt.

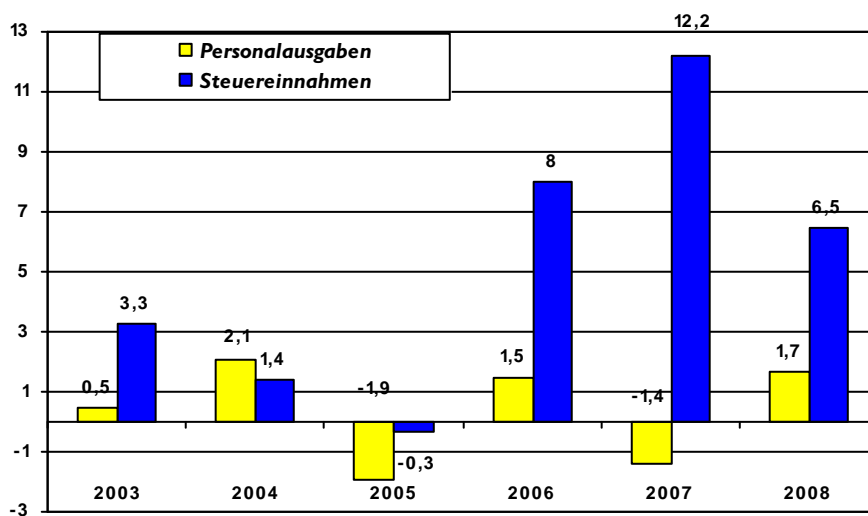


Haushalte geführt. Während die Personalausgaben zum Beispiel in Baden-Württemberg zwischen 2002 und 2008 kaum gestiegen sind, explodierten die Steuereinnahmen geradezu und lagen im Jahr 2007 um 26,5 % über dem Niveau von 2002. Trotzdem stieg die Verschuldung des Landes um 25 %. Angesichts der eindeutigen Zahlen kann dies jedoch kaum an den Personalkosten des Landes liegen.

## Entwicklung in Baden-Württemberg – Prozentuale Veränderung 2007 gegenüber 2002 in Baden-Württemberg<sup>10</sup>



## Prozentuale Veränderung der Personalausgaben (einschließlich Versorgung) und der kassenmäßigen Steuereinnahmen in Baden-Württemberg<sup>11</sup>



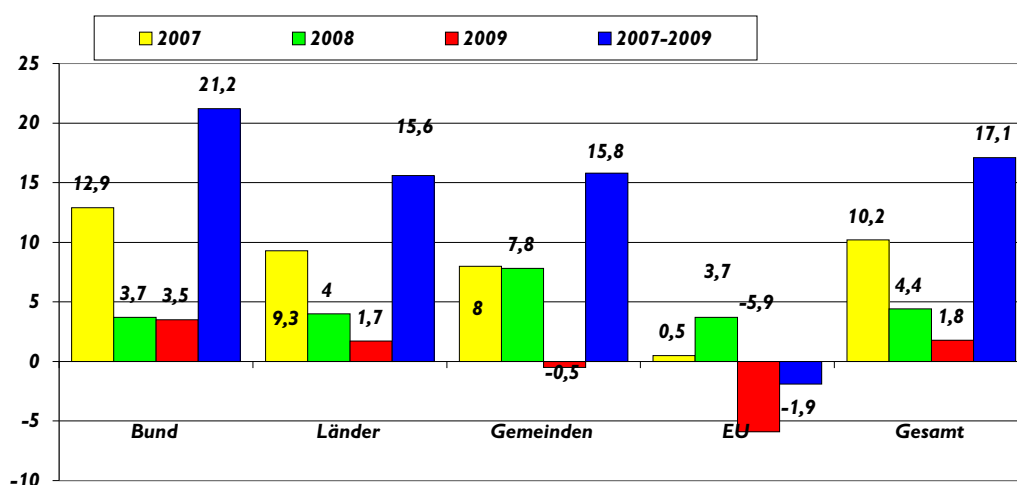
<sup>10</sup> Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen

<sup>11</sup> Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen. Daten für 2008 1. bis 3. Quartal



Auch die aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes bieten keine Rechtfertigung für eine einkommenspolitische Zurückhaltung. So stiegen die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg im November 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat noch einmal um 5,1 %. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat zudem in seiner Sitzung im November 2008 – bereits unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise – für das kommende Jahr eine weitere Erhöhung von 1,7 % des Steueraufkommens für die Länder prognostiziert.

## Entwicklung der Steuereinnahmen in Deutschland und der EU – Veränderung des Steueraufkommens in Prozent jeweils im Vergleich zum Vorjahr<sup>12</sup>



Bei der Diskussion um die Kostenbelastung durch eine Tarifierhöhung muss zudem berücksichtigt werden, dass ein Teil der Erhöhung über die zurückfließenden Einkommenssteuern und Sozialabgaben durch die Einkommenserhöhung selbst refinanziert wird. So würde ein Angestellter in der Entgeltgruppe 13 Stufe 5 bei einer Erhöhung der Bezüge um 5 % 210 Euro mehr Bruttoeinkommen beziehen. Davon würden (Stand Oktober 2008) in der Steuerklasse V 99 Euro in Form von Lohnsteuer und Solidaritätsbeitrag wieder an die öffentliche Hand zurückfließen. In der Steuerklasse III wären dies immerhin noch 44 Euro. Da die Länder 42,5 % der Lohnsteuer erhalten, bekommen sie einen Teil der Tarifierhöhung direkt zurück. Darüber hinaus profitieren sie von den bereits durchgeführten oder beschlossenen Einkommenserhöhungen bei den Kommunen und dem Bund sowie der Privatwirtschaft, da sie auch von den dort fälligen zusätzlichen Lohnsteuern den Anteil von 42,5 % erhalten.

Aber selbst wenn die Steuereinnahmen stärker als erwartet wegbrechen sollten, ist eine vorübergehend stärkere Finanzierung der öffentlichen Haushalte und damit auch der Personalkosten über zusätzliche Schulden gerechtfertigt. Mit einer Staatsschuldenquote (Verschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) in Höhe 63,1 % im Jahr 2008 liegt Deutschland unter dem Durchschnitt von 65,2 % der Länder im Euroraum. Länder wie Frankreich (64,4 %), Belgien (81,9 %), Italien (103,2 %) oder gar Japan (182,8 %) haben eine wesentlich höhere Staatsschuldenquote.<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Daten für 2008 und 2009 aus Steuerschätzung der 132. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung vom 4. und 5. November 2008. Quelle: Anlage 1 zu Pressemitteilung 56/08 des Bundesministeriums der Finanzen/teilweise eigene Berechnungen

<sup>13</sup> Quelle: Monatsbericht Bundesministerium der Finanzen 6/2008, Seite 104



Grundsätzlich ist zum Thema Staatsverschuldung anzumerken: Das Argument, durch die Verschuldung würden die Lasten auf zukünftige Generationen verlagert, ist nicht stichhaltig. Zukünftige Generationen erben nicht nur die Schulden, die wir heute machen, sondern auch die damit geschaffenen Werte. Ein Verzicht auf zusätzliche öffentliche Verschuldung in einer Krisensituation, wie sie sich aktuell darstellt, bedeutet, öffentliche und private Werte sowie wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten in Frage zu stellen. Zudem stehen den öffentlichen Schulden im gleichen Umfang Forderungen der Bürger an den Staat gegenüber, für die sie Zinsen erhalten. Der Staat schafft über die Staatsverschuldung Anlagemöglichkeiten für Kapital außerhalb der spekulativen Finanzwirtschaft und trägt damit zur Stabilisierung des Finanzsystems bei. Ungerecht ist nicht, dass zukünftige Generationen die heute verursachten Schulden abbezahlen müssen, ungerecht ist vielmehr, dass diejenigen, die hohe Zinszahlungen für das geliehene Geld erhalten, nicht ausreichend über eine entsprechende Besteuerung an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt werden.

## 6. Streik als Mittel der Durchsetzung gerechtfertigter Tarifforderungen

Grundsätzlich befinden sich Gewerkschaften in einer Tarifaueinandersetzung in einer schwierigen Situation. Die Teuerung von Gütern und Dienstleistungen führt zu einer Entwertung der Einkommen der Beschäftigten. Zugleich steigt das zu verteilende Einkommen durch die Produktivitätsgewinne.

Ohne regelmäßige Tarifierhöhungen würden diese Produktivitätsgewinne vollständig dem Arbeitgeber zufließen. Gewerkschaften müssen also Forderungen aufstellen und ein Mittel zur Verfügung haben, diese auch durchzusetzen. Alleine durch Verhandlungen kann dies nicht gelingen. Die Arbeitgeberseite müsste in diesem Fall einfach einen Abschluss verweigern und könnte sich über sinkende Kosten und einen ständig steigenden Gewinnanteil freuen. Deshalb müssen Gewerkschaften – auch im öffentlichen Dienst – ggf. auf das Mittel des Streiks zurückgreifen. Die glaubwürdige Streikdrohung und ggf. die wirkungsvolle Durchführung von Arbeitsk Kampfmaßnahmen führt dazu, dass auch die Arbeitgeberseite ein Interesse an einem Abschluss haben muss. Dabei ist festzustellen, dass die Gewerkschaften in Deutschland nur sehr zurückhaltend von ihrem Streikrecht Gebrauch machen. Lediglich 5 Arbeitstage pro Tausend Arbeitnehmer/innen sind im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 ausgefallen.

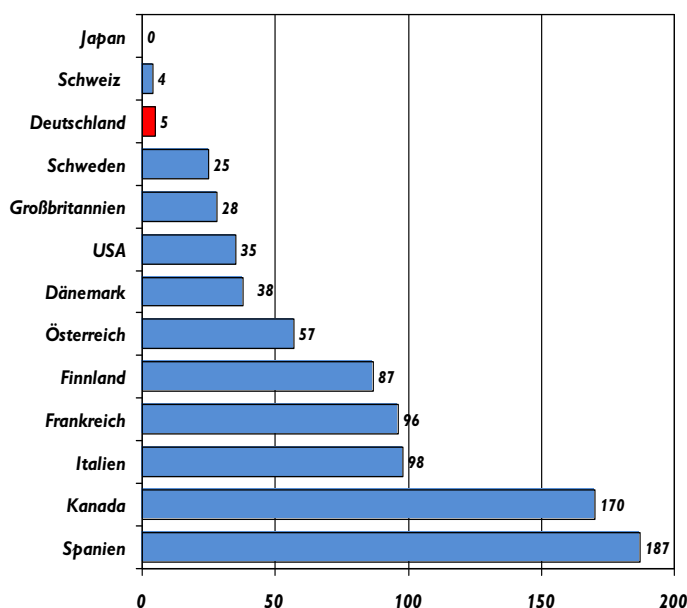
### Deutschland bei Streiktagen

**nahezu Schlusslicht –**

**Ausgefallene Arbeitstage**

**durch Streik 2000 bis 2006**

**pro Tausend Arbeitnehmer<sup>14</sup>**



<sup>14</sup> Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft/Frankfurter Rundschau 2. Januar 2008